



Morsbacher Rundblick

MORSBACH

Informationen der SPD Morsbach rund um die Politik in der Gemeinde Morsbach

Warum Michaela Engelmeier mit der Erststimme in den Bundestag wählen:

- Weil sie **Oberberg im Herzen** hat und sich für die Leute hier einsetzt!
- Weil sie bereits Erfahrung als **Bundestagsabgeordnete** gemacht und dabei für den Oberbergischen Kreis viel erreicht hat!
- Weil sie engagiert gegen Rassismus und Antisemitismus kämpft!
- Weil sie sich für ein sozial gerechteres Deutschland einsetzt!
- Weil Michaela Engelmeier selbst Mutter ist und die Interessen der Familien als zweifache Mutter vertritt!



Ist die Wahl schon entschieden oder warum eigentlich noch SPD wählen!?

Glaubt man den Demoskopern und allen Umfragen, steht der Sieger der Wahl schon seit geraumer Zeit fest: Bundeskanzler bleibt die bisherige Amtsinhaberin, mit einer schwarz-gelben Mehrheit (hatten wir das nicht schon mal!?) und die Rechtspopulisten kommen knapp in den Bundestag.

Es gibt gute Gründe SPD zu wählen: und damit die Wahl spannender zu machen

LANDESPOLITIK

Zum Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung Über Geld spricht man nicht

...Der Koalitionsvertrag bleibt an vielen Stellen unkonkret. „Ein besonders wichtiges Thema, die Landesschulden von mehr als 180 Milliarden Euro fehlt sogar ganz.... Von der Finanzierung dieser ganzen Wunschliste (Investitionen in Schulen, Kultur, Infrastruktur und Polizei d.Verf.) ist im Koalitionsvertrag nichts zu lesen Verbindliche Aussagen zur Haushalts- und Finanzpolitik sind auch nicht vorhanden. Vom Abbau der Altschulden ist erst gar keine Rede, und auch konkrete Aussagen zum Subventionsabbau sucht man zwischen den 121 Seiten des Koalitionsvertrages vergeblich.“ (Heinz Wirz, in „Der Steuerzahler“ Wirtschaftsmagazin Juli/August 2017)

10 Gründe für eine starke SPD

Arbeit: Wir wollen gute Löhne und keine willkürliche Befristung. Das Chancenkonto gibt allen ein Recht auf Weiterbildung.

Investitionen: Wir investieren massiv in schnelles Internet, Mobilität und bezahlbare Wohnungen. So sichern wir Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land.

Bildung: Wir erneuern unsere Schulen und wir schaffen ein Recht auf Ganztagsplätze an Grundschulen.

Steuern: Wir schaffen den Soli ab und entlasten kleinere und mittlere Einkommen. Sehr reiche und Vermögende leisten einen größeren Beitrag.

Familie: Mit dem Familiengeld haben berufstätige Eltern mehr Zeit für ihre Kinder. Kita-gebühren schaffen wir ab.

Gesundheit: Wir sorgen für gleiche Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Mit der Bürgerversicherung schaffen wir die Zweiklassenmedizin ab.

Rente: Beiträge und Rentenniveau bleiben stabil. Mit uns gibt es kein höheres Renteneintrittsalter.

Europa: Wir machen Europa solidarischer und stärker. So sichern wir Frieden und Wohlstand.

Lohn-gerechtigkeit: Wir sorgen für gleiche Bezahlung von Frauen und Männern.

Sicherheit: Mit uns gibt es 15.000 zusätzliche Stellen bei der Polizei.

Herausgeber und v.i.S.d.P.:

SPD Ortsverein Morsbach, Tobias Schneider, Hochstr. 17, 51597 Morsbach
Telefon (02294) 900 047, tobias.schneider@spd-morsbach.de

Immer wieder zu hören:

Warum hat die SPD bisher ihre Themen nicht schon durchgesetzt, als sie die letzten Jahre mit an der Regierung war!

Wie wahr. Jedoch gibt es dort auch einen Koalitionspartner der inhaltlich gar nichts (außer die PKW Maut) vorzuweisen hat und die SPD daran hinderte mehr sozialdemokratische Politik durch zu setzen.

Es ist doch egal, wen wir wählen, es macht keinen Unterschied!

Dann verweisen wir mal auf die CDU- FDP Regierung von 2009-2013. Es ist wichtig daran zu erinnern! Keine versprochene Steuerreform, keine Investitionen, Volte beim Atom-

ausstieg, dreiste Klientelpolitik (Mövenpick-Steuer), handwerkliche Fehler bei der Brennelementesteuer, was die Bürger jetzt sechs bis sieben Milliarden Euro kostet.

Schwarz-Gelb war die schlechteste Regierung der vergangenen zwanzig Jahre!

Was hat Angela Merkel in ihren 12 Jahren Kanzlerschaft eigentlich für unser Land erreicht?

Sagen Sie es uns, wir wissen es nicht. Und jetzt wollen die „Schwarzen“ wieder aufrüsten, statt das Geld z.B. in die Bildung zu investieren! Sehr fragwürdig!

Wer muss die Straße vor meiner Haustür bezahlen?

Nach derzeit geltendem Recht müssen die Gemeinden die Eigentümer von Grundstücken, die eine Zufahrt oder einen Zugang zu einer neu- oder ausgebauten oder verbesserten Straße haben und im Innenbereich oder innerhalb eines Bebauungsplangebietes liegen, zu Beiträgen zu den Straßenbaukosten heranziehen. Dabei werden Größe, Art und Maß der Nutzbarkeit der Grundstücke berücksichtigt.

Schon wenige hundert Meter weiter stehen dann einzelne Wohnhäuser oder Streusiedlungen oder sogar Gewerbebetriebe an der gleichen Straße, die bis zum Anschluss an das weitere Straßennetz ausgebaut wurde, und sind nach derzeitiger Rechtslage von der Beitragspflicht ausgenommen. Dabei spielt es gar keine Rolle, ob nur die Kosten der Straße vor der Haustür durch einen Einmalbeitrag abgerechnet werden oder wiederkehrende Beiträge innerhalb eines festgelegten Abrechnungsgebietes erhoben werden. Über Einmalbeitrag oder wiederkehrende Beiträge kann man trefflich streiten.

Die Lösung des o.g. Problems ist die Entscheidung über Art und Weise der Kostenverteilung nicht, denn das OVG-RHEINLAND-PFALZ hat bereits mit Urteil, 6 C 10601/07.OVG vom 20.11.2007 (zu in Rhld.-Pfalz zulässigen wiederkehrenden Beiträgen) festgestellt:

„Auch nach § 10a KAG setzt die Beitragspflicht - neben der Zugangs- bzw. Zufahrtsmöglichkeit - die bauliche oder in ähnlicher Weise qualifizierte Nutzbarkeit des zu veranlagenden Grundstücks voraus. Außenbereichsgrundstücke sind auch dann nicht beitragspflichtig, wenn sie bebaut sind.“

Hierüber muss nachgedacht werden und eine politische Diskussion im Rat geführt werden.

Soll dies so bleiben oder sollte eine solidarische Lösung herbeigeführt werden? Über die Notwendigkeit einer qualitativ hochwertigen Infrastruktur (sprich: Straßen) auch im Außenbereich bestehen vermutlich keine unterschiedlichen Meinungen.

Was der Koalitionsvertrag der CDU/ FDP-Landesregierung (nicht) bereithält, z.B. wiederkehrende Beiträge...

„In der Vergangenheit diskutierte die Politik immer wieder, ob die Straßenbaubeiträge wiederkehrend, also regelmäßig, erhoben werden sollten. **Der Bund der Steuerzahler NRW lehnt dies ab**, weil die Gefahr groß ist, dass die Bürger übermäßig zur Kasse gebeten werden. Der Koalitionsvertrag enthält keine Regelung für wiederkehrende Beiträge.“

„Das Rechtsinstrument der sogenannten „Wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge“ wird aber als gesetzliche Alternative abgelehnt.“ (StGB NRW-Mitteilung 810/2013 vom 19.11.2013)

Wir gratulieren:

Die **SPD-Morsbach** gratuliert mit großem Respekt Herrn Albert Holschbach zum **50-jährigen** Firmenjubiläum. Mit Fleiß und durch kluge Ideen und Entscheidungen entwickelte sich aus einem kleinen Fertigungsbetrieb mit wenigen Männern der ersten Stunde das heutige Firmenimperium. Die Gemeinde Morsbach ist stolz auf den bodenständigen Unternehmer.

Ebenso gratuliert die **SPD Morsbach** Herrn Georg Stinner zu seinem **50.** Firmenjubiläum. Dem M.G.V. „Eintracht“ Morsbach zum vierten Meisterchortitel! Dem Musikverein Lichtenberg zum Erreichen der Silbermedaille bei der Weltmeisterschaft der Blasmusik in Kerkrade.